

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telefax: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 97

22. Mai 1979

Bruno Friedrich MdB,
stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, stellt
klar, warum Karl Carstens
für Sozialdemokraten
nicht wählbar ist.

Seite 1/2

Uwe Holtz MdB, Vorsitzen-
der des Bundestagsaus-
schusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit,
zieht Zwischenbilanz aus
der UNCTAD V-Konferenz:
Manila könnte Wendepunkt
werden.

Seite 3

Dokumentation

Diskussionspapier der
Sicherheitspolitischen
Kommission beim SPD-Par-
teivorstand zur Inneren
Führung, Tradition, Bil-
dung und Ausbildung in
der Bundeswehr.

Seite 4 bis 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

Warum der Kandidat Karl Carstens für Sozialdemokraten nicht wählbar ist

Von Bruno Friedrich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU hat durch ihren Generalsekretär Gießler die SPD-Fraktion der Bundesversammlung aufgefordert, den CDU-Kandidaten Karl Carstens zu wählen.

Mit dieser Aufforderung will die CDU von den begründeten, schweren politischen Bedenken ablenken, die in der SPD/FDP-Koalition gegen den CDU-Kandidaten für das Bundespräsidentenamt bestehen, auch künftig bestehen müssen, weil es bisher noch keinen Bundespräsidenten gab, der in den fundamentalen Positionen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine absolut kontroverse Position zur Politik der Bundesregierung eingenommen hat. Professor Carstens hat diese kontroversen Positionen nicht nur mitgetragen, er hat sie als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion selbst entwickelt.

Am 11. Mai 1973 hat Professor Carstens den Grundlagenvertrag mit der DDR abgelehnt.

Als Fraktionsvorsitzender hat Professor Carstens am 25. Juli 1975 als erster seine Unterschrift unter den Antrag der CDU/CSU-Fraktion gesetzt, durch den die Bundesregierung aufgefordert worden ist, die KSZE-Schlußakte in Helsinki nicht zu unterzeichnen. Die CDU/CSU-Fraktion hat, diesem Antrag folgend, einstimmig die KSZE-Schlußakte abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung hat der Fraktionsvorsitzende Carstens am 19. Februar 1976 den Vertrag mit Polen abgelehnt, der die Rentenfrage regelt und 120.000 Deutschen die Ausreise aus Polen ermöglicht.

Bis heute hat sich Professor Carstens, weder als Bundestagspräsident noch als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, dazu geäußert, wie seine Haltung in der Vorführungsfrage ist, obwohl er sehr wohl weiß, daß es, sowohl in der

Bundesrepublik als auch im Ausland, ein Anrecht darauf gibt, eindeutig zu erfahren, wie Professor Carstens zur Verjährungsfrage steht.

Ein Blick in die Protokolle des Deutschen Bundestages zeigt, wie entschieden Professor Carstens die Entspannungspolitik ablehnt und mit welch demagogischen Mitteln er sie bekämpft hat.

In dem von ihm unterzeichneten Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Ablehnung der Schlußakte von Helsinki heißt es wörtlich: "Maßgebliche Inhalte des Schlußdokuments der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,.... dienen einer weitweiten Täuschung über die wahre Sicherheitslage in der Welt..... Die Ergebnisse der KSZE drohen zum Instrument zur Durchsetzung langfristiger sowjetischer Ziele, insbesondere in ganz Deutschland zu werden, die elementaren Interessen des Westens in Europa zuwiderlaufen."

In der Debatte zur KSZE-Schlußakte am 25. Juli rief Professor Carstens dem Bundeskanzler zu: "Diese Ihre Behauptung, die CDU/CSU isoliere sich mit Ihrer Position, ist sachlich falsch, denn unsere Bedenken werden von vielen Freunden in den anderen europäischen Staaten und in anderen Ländern der Welt geteilt. Ich gehe so weit zu sagen: Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Menschen - Sie selbst müssen sich hier doch wohl einschließen, Herr Bundeskanzler -, der nicht auch die Gefahren und Bedenken sieht, die mit dieser Entspannungspolitik, so wie sie in den Dokumenten jetzt ihren Ausdruck findet, verbunden sind."

An anderer Stelle der Debatte sagte Carstens: "Meine Damen und Herren, die Konferenz nennt sich 'Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa'. Ja, ich möchte fragen: Ist denn nicht schon der Name, den diese Konferenz hat, in Wirklichkeit eine Täuschung?" Die geschlossene Zustimmung des Westens zur KSZE-Schlußakte, hat Professor Carstens nicht veranlaßt, seine Position zu korrigieren.

Bei der Debatte um den Vertrag mit Polen hat noch am 19. Februar 1976 Professor Carstens der Koalition vorgeworfen, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze des polnischen Staates anerkannt zu haben.

Als Außenminister der SPD/FDP-Koalition hatte der heutige Präsident Walter Scheel beim Abschluß des Warschauer Vertrages zur Grenzfrage schon 1970 erklärt: "Wer also die deutsch-polnische Verständigung will, muß sich schon mit der Grenzfrage selbst befassen. Er darf dieser Kernfrage des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht ausweichen. Wer ausweicht, nimmt damit in Kauf, daß es zu der Aussöhnung eben nicht kommt, daß dieses weite Feld weiterhin brachliegt - mit allen negativen Konsequenzen, die das für Frieden und Sicherheit in Europa haben mag."

Gleichzeitig erklärte Carstens am 19. Februar 1976, der Vertrag mit Polen über die Ausreise von 120.000 Deutschen habe mit humanitären Erwägungen "sehr, sehr wenig zu tun". Es komme der Bundesregierung nur darauf an, einen Grund zu finden, 1,3 Milliarden DM an den polnischen Staat zu zahlen.

In dieser Debatte vom 19. Februar 1976, in der Carstens die deutsch-polnischen Vereinbarungen für die CDU/CSU-Fraktion ablehnte, gibt es eine interessante Passage in den Ausführungen des damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens mit einem pikanten Bezug zur Situation der Union bei der Bundespräsidentenwahl. Die CDU/CSU wirft der Koalition vor, sie wolle CDU/CSU-Abgeordnete ermuntern, Carstens in der Bundesversammlung nicht ihre Stimme zu geben. Am 19. Februar 1976 hat Karl Carstens (Seite 1587/1588 des Bundestagsprotokolls) die niedersächsischen Landtagsabgeordneten verteidigt, die, ohne sich zu erkennen zu geben, aus ihrer Fraktion ausgebrochen sind und Ministerpräsident Albrecht entgegen ihrer Ankündigung gewählt haben. Karl Carstens hat diese Verteidigung gleichzeitig mit einer rüden Beschimpfung der SPD-Fraktion verbunden: "Der Hinweis auf die Reichstagsfraktion der SPD von 1933, vor der ich hohe Achtung habe, hilft hier überhaupt nicht weiter; denn Sie, meine Damen und Herren, gleichen nicht mal mehr einem Schatten Ihrer damaligen Vorgänger."

Die SPD hat gute Gründe zu bezweifeln, daß der CDU/CSU-Konfrontationspolitiker Karl Carstens als Bundespräsident ein Integrationspolitiker werden könnte.

(-/22.5.1979/ks/ca)



Manila könnte zu einem Wendepunkt werden

 Industrie- und Entwicklungsländer müssen noch mehr aufeinander zugehen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bei der 5. Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD V) in Manila sind die Fronten geklärt worden. Die in der "Gruppe der 77" zusammengeschlossenen Entwicklungsländer haben zwar die Fortschritte anerkannt, die seit der 4. Konferenz dieser Art in Nairobi 1976 erzielt worden sind, aber insgesamt hat sich bei ihnen doch Enttäuschung über die Haltung der Industriestaaten breitgemacht - nicht nur über die westlichen Industriestaaten, sondern auch über die kärgliche Leistung der Staatshandelsländer im Nord-Süd-Dialog.

Zwar haben sich die Industriestaaten inzwischen bereit erklärt,

- die Schulden der am wenigsten entwickelten Länder zu erlassen und ihnen künftig nur nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren,
- den Grundsätzen eines Gemeinsamen Fonds als Finanzierungsinstrumentarium für Rohstoffabkommen zuzustimmen,
- durch Zollsenkung und Abbau anderer Handelshemmnisse den Handel zu liberalisieren.

Dennoch halten die Länder der Dritten Welt weitere Schritte in Richtung auf eine strukturelle Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu Recht für unabdingbar. Dazu gehören

- mehr Mitspracherecht für die Entwicklungsländer bei Entscheidungen, die ihre Rolle in der internationalen Wirtschaftsordnung berühren,
- die Ablösung der kolonialistischen internationalen Arbeitsteilung durch eine neue partnerschaftliche Arbeitsteilung, die Start- und Chancengerechtigkeit für die Dritte Welt verwirklicht und zu einer aktiven Strukturpolitik in den entwickelten Ländern führen muß,
- weitere Taten gegen den um sich greifenden Protektionismus, die den Bekenntnissen zur Liberalisierung des Welthandels folgen sollen, und insbesondere eine Korrektur der für die Entwicklungsländer enttäuschenden Resultate der Tokiorunde des GATT,
- Schutz gegen die weltweiten praktisch ausschließlich von den Industriestaaten bestimmten Währungsbewegungen sowie gegen die Inflationsraten und den Dollarverfall,
- die beträchtliche Erhöhung der bisher völlig unzureichenden Leistungen der meisten Industriestaaten auch der Bundesrepublik im Bereich der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Zu Konfrontationen zwischen Nord und Süd ist es bisher in nennenswerten Umfang nicht gekommen, aber noch sind vornehmlich erst Meinungen ausgetauscht, Verhandlungspositionen abgesteckt worden. Die Bundesrepublik ist bislang relativ gut über die Runde gekommen. Dies ist auf die umfangreiche Vorbereitung der Bundesregierung auf die Manila-Konferenz und auf den Verzicht auf Schönfärberei zurückzuführen. Nun tagen die acht Verhandlungsgruppen, in denen die Entscheidung über den weiteren Verlauf der Konferenz und ihre Ergebnisse getroffen werden. Ein erster Durchbruch bei den UNCTAD-Verhandlungen wird auf dem Gebiet des Technologie-Transfers gemeldet. Manila könnte zu einem Wendepunkt in den Nord-Süd-Beziehungen werden, wenn Industrie- und Entwicklungsländer noch mehr aufeinander zugehen.

(-/22.5.1979/va-he/co)

+ + +



DokumentationInnere Führung, Tradition, Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr

Diskussionspapier der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

I. Vorbemerkungen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trägt seit zehn Jahren als Regierungspartei die politische Verantwortung für die Bundeswehr. Drei sozialdemokratische Verteidigungsminister haben das Gesicht der Bundeswehr seit 1969 maßgeblich geprägt.

Dabei konnte angeknüpft werden an die entscheidenden und richtungweisenden Beiträge deutscher Sozialdemokraten bei der Planung, der verfassungsrechtlichen Verankerung und dem Aufbau der Bundeswehr als eines auf Friedenssicherung festgelegten politischen Instruments.

Namen wie Fritz Erler, Ernst Paul, Wolf Graf von Baudissin, Fritz Beermann und andere stehen für das Konzept vom Einbau der Streitkräfte in den demokratischen Staat unter dem Primat der Politik, dem Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" und der Führungslehre der "Inneren Führung".

Dieses Diskussionspapier befaßt sich mit der Inneren Führung, der Traditionsbildung, der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr.

II. Zur Inneren Führung in der Bundeswehr

Die Wehrverfassung in der Bundesrepublik Deutschland regelt nach langen Auseinandersetzungen in der deutschen und preußischen Verfassungsgeschichte zum ersten Mal eindeutig den Primat der Politik gegenüber dem Militär.

Das Grundgesetz gebietet den Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigungs- und Friedenssicherung. Der Ausbildungs-, Erziehungs-, Bildungsprozeß steht unter diesem Zeichen. Die militärische Macht wurde durch den politischen Oberbefehl als Teil der Regierungsgewalt der politischen und parlamentarischen Kontrolle unterstellt. Zusätzlich wurden mit dem Verteidigungsausschuß und dem Wehrbeauftragten zwei in der deutschen Verfassungsgeschichte neuartige Institutionen zur Absicherung der verfassungsrechtlichen Einbindung der Streitkräfte geschaffen.

Der Neuordnung des Verhältnisses von Politik und Militär entspricht die neue Rechtsstellung des Soldaten. Die neue Wehrverfassung findet ihren Niederschlag im Leitbild vom Staatsbürger in Uniform und in den Grundsätzen der Inneren Führung.

Innere Führung erkennt den Menschen als eigenständige Größe an und sieht seine Leistung nicht im Funktionalen verengt. Die Berücksichtigung dieser politischen, sozialen wie individuellen Aspekte legitimiert die Führung und motiviert die Geführten zu gewissenhafter Ausübung ihrer Funktion. Innere Führung verlangt kooperativen Führungsstil und Delegieren von Verantwortung. Die Innere Führung überzeugt nur vom Wert der freiheitlich demokratischen Ordnung, wenn ihre Grundsätze im militärischen Alltag praktiziert werden. Das Erleben der Rechte und Pflichten im dienstlichen Alltag fördert Dienst- und Wehrmotivation.

Die Postulate des "Staatsbürgers in Uniform" richten sich in erster Linie an die Vorgesetzten. Ihr Führungsverhalten und ihre Beispiele wiegen schwer in einem pädagogischen System, das zur Mitverantwortung aus Einsicht erziehen soll.

Militärisches Handeln hat auf allen Führungsebenen politische Ursache und Wirkung. Das Innere Gefüge der Bundeswehr ist deshalb als Teil der politischen Gesamtordnung verfaßt.

Die Handhabung der Inneren Führung und ihre Anpassung an den technischen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Wandel bedarf intensiver Steuerung durch die politischen Instanzen.



Die innere Entwicklung der Bundeswehr verläuft nicht isoliert hinter Kasernenmauern. Die örtlichen Parteigliederungen sind aus politischen und menschlichen Gründen aufgefordert, Kontakt mit Soldaten aller Dienstgrade aufzunehmen und zu pflegen.

Um Schwachstellen der Inneren Führung abzubauen, dem Konzept neue Impulse zu geben und es fortzuentwickeln, sind insbesondere folgende Einzelforderungen umzusetzen:

1. Die Ausbildungsgänge für Offiziere und Unteroffiziere müssen vom Geist der Inneren Führung getragen sein und bedürfen einer Überprüfung hinsichtlich Ausbildungsziel, Ausbildungsinhalte, Ausbildungsmethode und -dauer. Dabei ist für jeden Lehrgang der Stellenwert der Inneren Führung zu verstärken, die vorhandenen Ausbildungsabschnitte sind zu einem Gesamtkonzept zu verbinden.
2. Eine zentrale Aufgabe der Schule für Innere Führung muß die "Ausbildung der Ausbilder" für alle Ebenen werden. Auch die Lehrgänge an der Schule für Innere Führung müssen laufbahnbestimmenden Charakter haben.

Ein engerer und wirkungsvollerer Zusammenschluß der Schule für Innere Führung mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut (Sowi) und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt zu einem "Zentrum Innere Führung" ist dringend geboten, um eine wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Institutionen, die sich in Forschung und Lehre mit Fragen der Inneren Führung befassen, zu gewährleisten. Dabei sollte die Nähe zu anderen Bildungsstätten gesucht werden.

3. Die Motivation der Soldaten wird erleichtert durch mehr Informationen aus seinem unmittelbaren Umfeld. Dazu gehören auch lokale Truppenzeitungen.
4. Der Anteil der politischen Bildung der Vorgesetzten ist nach Inhalt und Umfang klar zu beschreiben. In diesem Zusammenhang fordern wir eine baldige Herausgabe der Anlage 4 zur Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 12/1.
5. Mitbeteiligung, Mitwirkung in den Streitkräften sowie Mitbestimmung in der Bundeswehr müssen aufgebaut werden. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam in den Streitkräften bleibt davon unberührt. Die Ausdehnung des Personalvertretungsgesetzes ist zu überprüfen und durch Modellversuche zu erhärten.

An allen Ausbildungsinstitutionen der Streitkräfte sind Mitwirkungsorgane für Fragen der Ausbildung und Erziehung zu schaffen.

6. Die soziale Situation der Angehörigen der Bundeswehr ist mitentscheidend für den Erfolg der Inneren Führung. Dessen ungeachtet treten immer wieder Mängel im Bereich der Fürsorge und Betreuung auf. Die Beseitigung dieser Mängel ist eine vordringliche politische Aufgabe.

III. Zur Traditionspflege der Bundeswehr

Seit Gründung der Bundeswehr hat das Problem der Traditionsbildung in den Streitkräften Politikern und Soldaten besondere Schwierigkeiten bereitet. Wie kein anderes reflektiert es die Nähe von Leistung, Versagen und Schuld in unserer Vergangenheit - einer Vergangenheit, in der Traditionen demokratischer, liberaler, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Herkunft häufig genug brutal unterdrückt worden sind.

Jede Traditionsbildung in Staat und Gesellschaft, einschließlich der Bundeswehr, jede politische Bildung, gleich in welcher Institution, muß von der Tatsache ausgehen, daß reaktionäres, ja häufig antidemokratisches Denken in unserer Gesellschaft auftritt. Dazu gehört die Erkenntnis, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Rolle der Wehrmacht in der Zeit von 1933 bis 1945 eine historisch auf absehbare Zeit bleibende und sich ständig neu stellende Aufgabe ist.

Eine konsequente und kritische Beschäftigung mit der Tradition deutscher Streitkräfte ist unerlässlich, das gilt auch für die Bundeswehr. Die Bildung eigener Tradition in der Bundeswehr ist eine politische Aufgabe, die weder durch formalen Erlaß noch durch Einzelmaßnahmen gelöst werden kann.



Sie hat sich am Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und an den Grundsätzen der Inneren Führung sowie an der Geschichte der Demokratie zu orientieren.

Die Bundeswehr kann und soll sich heute mehr auf ihre eigene Tradition als einer der Friedenserhaltung und der Demokratie verpflichteten Armee stützen.

Werte ohne Bezug zum demokratischen Staat und seiner Wertordnung sind nicht traditionswürdig. Verhaltensweisen, wie zum Beispiel Tapferkeit, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft oder Selbstlosigkeit, müssen an die Normen unserer freiheitlichen Ordnung gebunden sein.

Tradition dient auch der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Deshalb sollen unsere Streitkräfte nur mit Gruppen der Gesellschaft gemeinsam Tradition pflegen, die ebenfalls eine Tradition im Sinne der hier niedergelegten Werte und Normen bejahen.

IV. Zur Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr

1. Grundsätze und Ziele der Neuordnung

Die Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr ist solide Reformpolitik. Bei der von Verteidigungsminister Helmut Schmidt vorgenommenen Bestandsaufnahme traten Mängel zu Tage, mit denen sich die Bildungskommission beim Verteidigungsminister - sie bestand aus Bildungsfachleuten, Vertretern der militärischen Führung und der Truppe - auseinandersetzte. Die von der Bildungskommission entwickelten und vom Verteidigungsminister gebilligten Vorschläge wurden Zug um Zug verwirklicht.

Das Ausbildungssystem der Bundeswehr dient vor allem

- der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte,
- der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften,
- der Einbindung der Soldaten in die Gesellschaft.

Das Ausbildungssystem der Bundeswehr ist als ein korrespondierender Teil des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland angelegt. Der militärische Teil und der fachliche Teil der Ausbildung bilden eine Einheit. Die fachlichen Anteile führen zu zivil anerkannten Abschlüssen und dienen damit sowohl der Qualifikation militärischer Führer als auch dem weiteren Berufsweg von Zeitsoldaten.

Wesentliche Teile dieser Zielsetzung haben inzwischen im Ausbildungssystem der Bundeswehr ihren Niederschlag gefunden.

Das Ausbildungssystem der Streitkräfte muß weiter entwickelt werden und die voraussehbaren gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen berücksichtigen.

Durch das neue Bildungssystem der Bundeswehr konnten die Berufs- und Laufbahnchancen der Soldaten deutlich verbessert werden. Die zivile Anerkennung vieler Abschlüsse und die Durchlässigkeit des Systems ermöglichen es, die Soldaten entsprechend ihren Fähigkeiten heute besser zu fördern und die Verbindung zum sozialen Umfeld der Streitkräfte enger zu gestalten.

Man kann die Reform des Bildungssystems der Bundeswehr heute als eines der bedeutenden Reformvorhaben der Bundesregierung einstufen. Für uns haben deshalb die Grundsätze und die Ziele der Neuordnung nach wie vor Bestand.

Der ständige Vergleich des Erreichten mit der Zielsetzung ist für uns etwas Selbstverständliches. Daher ist heute das Augenmerk vor allem auf folgende Bereiche zu richten: In den Aus- und Fortbildungsstufen ist neben der Vermittlung von militärisch-fachlichem Wissen gleichrangig sicherzustellen, daß die Soldaten mit den gesellschaftlichen und politischen Bezügen ihres Berufes sowie den pädagogischen Grundfragen der Ausbildung und Menschenführung vertraut gemacht werden. Erst so wird bei den militärischen Führern und Unterführern die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Grundsätze der Inneren Führung im Truppenalltag Anwendung finden.

Gleichzeitig ist die Kompetenz der Offiziere und Unteroffiziere für die Aufgaben der politischen Bildung auf diesem Wege zu erweitern. Das bisher nur an der Hochschule der



Bundeswehr München weitgehend realisierte Prinzip der erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Dimensionierung des Studiums ist auch an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg zu verwirklichen. Es sollte auf alle anderen Bildungseinrichtungen für die Offiziere und vor allem für die Unteroffiziere sinngemäß übertragen werden.

Die notwendige Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Entwicklung und auch mit der Vergangenheit als Grundlage der historisch-politischen Bildung muß an allen Bildungsstätten für Offiziere und Unteroffiziere stattfinden. Die entsprechenden Forschungseinrichtungen der Bundeswehr sollen hierzu in enge Verbindung mit den Bildungsstätten wie den Truppschulen und Hochschulen, der Schule für Innere Führung und der Führungsakademie gebracht werden.

Aus- und Fortbildung soll mehr der Förderung der Soldaten dienen als der Auswahl. Soweit Auslese für bestimmte Laufbahnen oder Führungsebenen stattfindet, soll sie im Rahmen des Bedarfs der Streitkräfte nach Neigung und Eignung erfolgen und überschaubar sein. Kriterien der Personalauswahl müssen, insbesondere für den Betroffenen, durchschaubar sein und in der Regel auch mitgeteilt werden. Besondere Beachtung bedürfen die Kriterien der Personalauswahl, da sie das Profil des Nachwuchses und damit der künftigen militärischen Führung der Bundeswehr beeinflussen.

2. Ausbildung der Unteroffiziere

Die militärische Ausbildung zum Unteroffizier muß ihn in die Lage versetzen, seiner Verantwortung als unmittelbar Vorgesetzter und Ausbilder des Soldaten durch Fachkompetenz und pädagogische Fähigkeiten gerecht zu werden. Die hierauf zielenden Bestrebungen sind zu unterstützen.

Das Bildungskonzept der Bundesregierung für die Laufbahn der Unteroffiziere sieht vor, daß diese Soldaten in Verbindung mit und in Ergänzung zu ihrer militärischen Ausbildung entweder eine Berufsausbildung mit anerkanntem Abschluß oder einen allgemeinen Bildungsabschluß erhalten. Bildungsangebot, individuelle Laufbahnberatung und Personalsteuerung sind über Ausbildungs- und Verwendungskataloge so miteinander verbunden worden.

Durch diese Förderungsmaßnahmen werden die Soldaten nicht nur besser auf ihre schwierigen Aufgaben als Führer, Ausbilder und technische Spezialisten vorbereitet, sondern auch in ihrem Bildungsstand angehoben.

Soldaten mit sehr langer und spezialisierter militärischer Ausbildung konnten an den beruflichen oder allgemeinbildenden Förderungsmaßnahmen nicht immer in vollem Umfang teilnehmen. Die militärische Ausbildung dieser Soldaten ist daher mit dem Ziel zu überprüfen, ob durch Änderung des Inhalts oder Ergänzungen ein zivilberuflicher Abschluß erreicht werden kann. Die zivilberufliche Ausbildung soll so gestaltet werden, daß sie für die Verwendung der Soldaten in der Truppe optimal genutzt werden kann. Der Anspruch auf Berufsförderung nach dem Soldatenversorgungsgesetz darf in keinem Fall durch die genannten Förderungsmaßnahmen gekürzt werden. Die begleitende Betreuung des Berufsförderungsdienstes ist in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit durch ein Angebot auf rechtzeitige arbeitsmarktorientierte Berufsberatung zu ergänzen. Für die ausscheidenden Zeitsoldaten mit einer Verpflichtungszeit bis zu vier Jahren ist die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung anzustreben.

3. Ausbildung zum Offizier

Die Ausbildung der Offiziere des militärfachlichen Dienstes führt entsprechend der vorgesehenen Verwendung zu einem Bildungsabschluß auf der Ebene des staatlich geprüften Technikers beziehungsweise Betriebswirtes. Außerdem sind sie auf ihre Führungsaufgaben als Offizier vorzubereiten. Bei Eignung ist ihnen der Aufstieg in die Gruppe der Stabsoffiziere zu ermöglichen.

Auch die Ausbildung der Offiziere wurde durch das neue Bildungskonzept grundlegend verändert. Erstmals in der deutschen Geschichte erhalten die längerdienenden Offiziere des Truppendienstes zu Beginn ihrer Laufbahn ein Studium an einer Hochschule der Bundes-



wehr. Inzwischen haben die ersten Absolventen ihre Diplome erhalten und dienen erfolgreich in der Truppe.

Sobald die Aufbausituation beendet und das Hochschulkonzept realisiert ist, sollen die Hochschulen der Bundeswehr in Hamburg und München auch für zivile Studenten auf der Basis dieses Hochschulkonzeptes geöffnet werden.

Die militärischen Studentenbereiche an den Hochschulen der Bundeswehr haben eine wichtige Betreuungsfunktion. Sie dürfen jedoch nicht durch vom Bildungskonzept abweichende Dienstanzweisungen in eine Konkurrenzsituation zum akademischen Bereich gebracht werden.

4. Weiterbildung zum Stabsoffizier

Die Weiterbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr bildet das Berufs- und Umweltverständnis derjenigen höheren Offiziere, die in den 90er und 90er Jahren die Führungspositionen in den Streitkräften besetzen werden. Grundsätzlich ist von der Gleichwertigkeit aller Verwendungs-, Lehr- und Studiengänge für weitere Personalplanungen auszugehen.

Die Grundsätze und Ziele des Bildungskonzepts in der Präzisierung des Verteidigungsausschusses des Bundestages sind von besonderer Bedeutung. Die Auswahlmethoden und Kriterien müssen auch hier objektiviert und den Betroffenen offen dargelegt werden.

Die Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr soll nach den Grundsätzen und Methoden einer zeitgemäßen Erwachsenenbildung gestaltet werden. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen und Fachkenntnissen in den Führungsgebieten soll für die nicht akademisch ausgebildeten Offiziere die Kenntnis von den Methoden und der Systematik wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens vertieft werden.

Die Kenntnis der Zusammenhänge zwischen Politik, Gesellschaft und Streitkräften soll wie in anderen Aus- und Fortbildungsstufen gleichberechtigt neben die Vermittlung von Fachwissen für bestimmte Aufgaben in der Bundeswehr gestellt werden. Die Stabsoffiziere der Bundeswehr müssen über eine gemeinsame Grundqualifikation verfügen.

5. Weiterbildung von Offizieren für Spitzenverwendungen

Für die Weiterbildung und Auswahl von Offizieren für Spitzenverwendungen sind die Voraussetzungen sobald wie möglich zu schaffen.

Hier sollen Spitzenkräfte der Bundeswehr, die nach mehr als 20 Jahren Dienstzeit bereits über gutes Fachwissen und breite Erfahrungen verfügen, möglichst gemeinsam mit Spitzenkräften anderer Ressorts und des Auslandes einen Überblick über die politische und gesellschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland und der Welt erhalten. Die Probleme der Sicherheitspolitik, der sicherheitspolitischen Willensbildung, der Krisenbeherrschung und der Rüstungskontrolle sollen nicht nur im nationalen Rahmen, sondern vor allem im internationalen Rahmen der NATO und der Ost-West-Kooperation behandelt werden.

Die Ausbildung zum Offizier an den Truppschulen, Offiziersschulen und Hochschulen muß im Zusammenhang mit der Weiterbildung zum Stabsoffizier und für Spitzenverwendungen gesehen und insgesamt als Einheit geplant werden. (-/22.5.1979/vo-hc/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

